



Anton Bondi de Antoni
Bondi Consult



Michael Pech
Generaldirektor
ÖSW

Hans Jörg Ulreich
Obmann IGPI



Andreas Huss
Gewerkschaft
Bau-Holz



Michael Gebauer
WBV-GPA

Kathrin Gaál
Vizebürgermeisterin
Wien, Wohnbau-
stadträtin



Bernd Rießland
Obmann Verband
Gemeinnützige
Bauvereinigungen

»Nachbarn in Planung von Bauprojekten einbinden«

■ Vizebürgermeisterin Gaál und Experten debattieren über Nachbarschaftsrechte in Wien

ÖSTERREICH: Frau Vizebürgermeisterin, wie hält es Wien mit Anrainerrechten?

KATHRIN GAÁL: Das Thema ist in Wien extrem wichtig. Ich finde es gut, wenn Menschen an der Entwicklung der Stadt aktiv teilnehmen. Meine oberste Prämisse ist die Schaffung von leistbarem Wohnraum. Da ist Wien Vorbild und europaweit oft die Nummer 1. In dieser Richtung will ich den Wiener Wohnbau weiterentwickeln. Die Menschen interessieren sich aber mehr dafür, wie sich ihr Wohnumfeld entwickelt, welche Probleme sich daraus ergeben könnten. Deshalb glaube ich, dass wir die Entwicklungsgebiete mit der ansässigen Bevölkerung gemeinsam weiterplanen müssen. Dazu gibt es erste Projekte gemeinsam mit den Wohnbauträgern. Wir müssen Bewusstsein schaffen, dass die Stadt die besten Möglichkeiten für CO₂-reduzierte Lebensstile schafft und den Anrainern bei allen Unannehmlichkeiten beim Bau doch ein Mehrwert entsteht.

ÖSTERREICH: Wie sieht das der Verband Gemeinnütziger Bau-

vereinigungen?

BERND RIESSLAND: Seit Machiavelli wissen wir, dass es immer einen Konflikt zwischen Eigentums- und Individualrechten gab, zwischen Recht und Pflicht. Heute geht es um leistbares Wohnens, das nur gegeben ist, wenn wir auch Gemeinschaftsrechte richtig positionieren. Ich verstehe ja, dass jeder seinen eigenen Garten schützen will und nicht in unzumutbarer Weise beeinträchtigt werden will. Was es braucht, ist eine Ausgewogenheit zwischen Vorantreiben von Projekten und berechtigten Individualinteressen.

MICHAEL PECH: Viele Konflikte gehen auf den Lärm zurück. Ich habe das Gefühl, dass die Toleranzgrenze des Akzeptierens von Aktivitäten in der Nachbarschaft sinkt. In Döbling habe ich erlebt, dass diejenigen, die als junge Familien in ein gefördertes Eigentumsprojekt eingezogen sind, Jahrzehnte später plötzlich auf Hausordnungen pochen, wenn Kinder jetzt zu laut sind. Einen Ausgleich schafft man nur

im Gespräch. Und das wird aufwendiger.

SANDRA BAUERNFELD: Die Frage des Nachbarschaftsrechts begleitet uns über die ganze Lebensdauer eines Hauses bis hin zum Abbruch. Wir bauen Lebensraum, wo sich Menschen treffen – und das kann zu Konflikten führen. Wichtig ist das Abwägen von Individual- und Gemeinschaftsinteressen. Man muss die Nachbarn schon bei der Projektentwicklung abholen und offen mit ihnen sprechen. Die Menschen haben Angst vor Lärm, Verkehr und neuen Nachbarn. Weil aber nicht jeder in ein Haus im Wald ziehen kann, muss man Ängste zwar ernst nehmen, aber es muss auch eine Abwägung geben. Ich kann da nur an gegenseitige Rücksichtnahme appellieren.

ANTON BONDI DE ANTONI: Als Gewerbe-Entwickler habe ich immer den Nimbus des Bad Boy. Wir müssen genau erklären, was wir tun, weil wir immer auf den ersten Blick mit Ablehnung konfrontiert sind. In Floridsdorf bin ich auf eine bekannt of-



Sandra Bauernfeld
Heimat Österreich

fensive Bürgerinitiative gegangen und habe gesagt: „Grüß Gott, ich will reden.“ Die Antwort war: „Gehsch...!“ Der Dialog ist wahnsinnig schwierig geworden. Und die Bürgerinitiativen arbeiten daraufhin, dass wir jahrelange Verzögerungen haben. Da darf man sich nicht wundern, dass ich auch nicht immer nett reagiere.

ANDREAS HUSS: Ich bin mit dem Wort Nachbarschaftsrechte nicht glücklich. Nachbarschaft ist für mich gelebte Solidarität. Da geht es nicht nur um Rechte, sondern auch um Pflichten. Wir müssen aus ökologischen Gründen vor allem in der Stadt die Nachbarschaft als etwas Positives verkaufen, da geht es um den Wert, dass Nachbarschaft gesellschaftspolitisch etwas Sinnvolles ist.

MICHAEL GEBAUER: Leider haben sich in der letzten Zeit die Erfordernisse zur Schaffung von leistbarem Wohnraum zur Erfüllung des „Grundbedürfnisses Wohnen“ und der „Schutz der Natur sowie die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen wie der Tier- und Pflanzenwelt“ zu scheinbaren Gegensätzen entwickelt. Diese müssen aber überwunden werden und zur Aussöhnung von sozialen und ökologischen Interessen führen.

HANS JÖRG ULREICH: Nachbarschaftsrechte sind so wichtig wie Mieterrechte. Schwierig wird es, wenn diese so ausgereizt werden, dass die Absicht des Interessenausgleichs umgangen wird. Hier müssten die Verantwortlichen der Stadt mit klaren, unpopulären Ansagen vorangehen. Mehr, höhere und dichtere Bauten sind oft zu 100 Prozent unerwünscht, für den Klimaschutz aber unvermeidbar. Da darf sich die Politik nicht immer auf Bauträger rausreden. Das sind nämlich keine Monster-, sondern Klimaschutzbauten.